

Ergebnisprotokoll

(zugleich Unterrichtung der Vorhabenträgerin nach § 15
Abs. 1 Satz 1 UVPG)

Anlass:	Scoping-Termin nach §§ 15 Abs. 3 UVPG, 19 UVwG
Datum, Uhrzeit:	07.11.2018, 13:00 – 15:00 Uhr
Ort:	Regierungspräsidium Karlsruhe, Markgrafenstraße 46, Adolf-Bieringer-Saal
Teilnehmer:	Siehe angefügte Teilnehmerliste (Anhang 1)
Verteiler:	Gemäß Teilnehmerliste
Protokoll:	Ioana Cimpianu, RPK Ref. 54.3

Diese Niederschrift ist gleichzeitig die Unterrichtung über den voraussichtlichen Untersuchungsrahmen nach § 15 UVPG.

1. Einleitung

Zu Beginn des Scoping-Termins begrüßt Herr Ziegler, Leiter des Referats 54.3, im Namen des Regierungspräsidiums Karlsruhe als zuständige Behörde gemäß § 15 Abs. 3 UVPG die Teilnehmer und bittet die Anwesenden um eine kurze Vorstellungsrunde.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die nachfolgend aufgeführten Behörden und Träger öffentlicher Belange, die nach § 17 Abs. 1 UVPG zu beteiligen sind, zum Termin eingeladen worden sind:

- Landratsamt Karlsruhe (Amt für Umwelt und Arbeitsschutz- Sachgebiete: Bodenschutz, Abwasser, Naturschutz)
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
- Naturschutzbund Deutschland
- Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg

Thema der Besprechung ist die geplante Ertüchtigung und Erweiterung der Kläranlage Heildesheim durch den Abwasserverband Weißach- und Oberes Saalbachtal. Dieses Vorhaben bedarf einer wasserrechtlichen Erlaubnis gemäß §§ 8

Abs. 1, 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG und einer wasserrechtlichen Genehmigung gemäß § 60 Abs. 3 Nr.1 WHG.

Nach § 6 UVPG i.V.m. Nr. 13.1.1 der Anlage 1 zu UVPG ist für die Errichtung und den Betrieb einer Abwasserbehandlungsanlage, die für organisch belastetes Abwasser von 9.000 kg/d oder mehr biochemischen Sauerstoffbedarfs in fünf Tagen (roh) oder anorganisch belastetes Abwasser von 4.500 m³ oder mehr Abwasser in zwei Stunden (ausgenommen Kühlwasser) ausgelegt ist, die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig.

Ziel und Zweck des Scoping-Termins ist es, den zu beteiligenden Behörden sowie den sonstigen Trägern öffentlicher Belange und anerkannten Naturschutzvereinigungen Gelegenheit zur Besprechung zu geben, insbesondere über Gegenstand, Umfang und Methoden der Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 15 Abs. 1, Abs. 3 UVPG i.V.m. § 19 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 UVwG).

Die Besprechung soll sich auf Fragen zum Projektgegenstand, zum Umfang und zu den Methoden der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie auf sonstige erhebliche Fragen für die Durchführung der Umweltverträglichkeit erstrecken.

2. Präsentation des Vorhabens

Das geplante Vorhaben wurde von Herrn Daniel Schulte erläutert und anhand einer Präsentation noch einmal verdeutlicht (siehe Anhang 2).

Zur Verbesserung der Reinigungsleistung aufgrund erhöhter Anforderungen hinsichtlich Stickstoff- und Phosphorelimination und, weil die Belastungsgrenze der Kläranlage Heidelberg bereits überschritten ist, ist eine Erweiterung und Ertüchtigung der Kläranlage notwendig.

Für die Erweiterung der biologischen Stufe/ Verbesserung der Stickstoffelimination wurden vier Varianten untersucht. Als Ergebnis der Variantenbetrachtung wird für die weitere Planung die Variante berücksichtigt, die einen Neubau des Belebungsbeckens im Bereich des bestehenden Beckens der Biologie 1 vorsieht. Für die Verbesserung der Phosphor- und Spurenstoffelimination ist eine Verfahrenskombination aus einem Kontaktbecken für die Pulveraktivkohle und einem anschließendem Raumfilter geplant.

Die zu erwartenden Auswirkungen auf die Schutzgüter nach UVPG und die dazu vorgesehenen Untersuchungen werden ausführlich in der Tischvorlage erläutert (Siehe Anhang 3).

Die Öffentlichkeit wurde von dem Vorhaben über eine Bekanntmachung auf der Internetseite des Regierungspräsidiums informiert. Die betroffenen Behörden und die

Träger öffentlicher Belange, die im Scoping-Termin nicht anwesend waren, haben keine Einwände gegen das Vorhaben erhoben.

3. Aktueller Stand des Verfahrens und weiteres Vorgehen

Eine artenschutzrechtliche Prüfung liegt bereits vor, sie wird derzeit allerdings aktualisiert.

Das gewässerökologische Gutachten liegt vor.

Es gibt noch kein Konzept für einen Stufenprogramm für die Einleitungswerte. Ein Stufenprogramm wird aber im Antrag aufgenommen und damit auch bei der Entscheidung berücksichtigt.

Die Vorlage des UVP-Berichts ist für das erste halbe Jahr in 2019 geplant.

Seitens des Regierungspräsidiums wird darauf hingewiesen, dass für die während des Baustellenbetriebs notwendige Grundwasserhaltung eine Erlaubnis beim Landratsamt Karlsruhe zu beantragen ist.

Herr Ziegler bedankt sich bei den Anwesenden für den Informationsaustausch und beendet um 15 Uhr die Veranstaltung.